

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **27.02.2008**, 17:18 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr RH Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Herr RH Richard-Michael Halberstadt, Frau RF Eleonore Heyne, Herr Hubert Lenich, Herr RH Josef Messing, Frau RF Ursula Möllers, Herr RH Robert Otte, Herr RH Florian Steinforth, Frau RF Barbara Stober,

von der SPD-Fraktion

Frau RF Hedwig Chudziak (Vertretung für Frau Anne Garbe), Frau RF Beanka Ganser, Frau Elke Haves-Cloppenburg (Vertretung für Frau RF Anne Schulze Wintzler), Herr RH Hans-Joachim Tonn, Frau Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Birgit Edler, Frau Gisela Holtz (Vertretung für Frau RF Brigitte von Schoenebeck), Frau RF Maria Klein-Schmeink, Herr Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Herr RH Ulrich Eisenack (bis TOP 5; 19:03 Uhr), Frau Gisela Geschkewitz (Vertretung für Herrn RH Ulrich Eisenack ab TOP 5; 19:03 Uhr),

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau RF Hannelore Wiesenack-Hauß,

Sachkundige Einwohner/innen

Frau Helga Hitze, Frau Dr. Ursula Hoppe,

Es fehlten:

Herr RH Ali Atalan, Herr Osman Öztürk,

von der Verwaltung

Herr Stadtrat Thomas Paal, Frau Christiane Adams, Herr Hans-Joachim Fürstenberg, Herr Felix Graf von Plettenberg, Frau Stefanie Haase, Frau Barbara Hamisch, Herr Burkhard Hülsmann,

Frau Dr. Christiane Kappenstein, Herr Dr. Roland Otto, Frau Christa Reiffer, Frau Dr. Anna Ringbeck, Herr Dr. Claus Weth, Herr Michael Willamowski, Herr Andreas Woltering,

Schriftführung

Herr Frank Treutler

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 3.3. | Bericht der Verwaltung zum Umgang mit Umzugsbeihilfen sowie der Übernahme von Renovierungskosten bei Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz |
| <u>V/0031/2008</u>
IV | 4. | Förderung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe - AIM jugend+ |
| <u>V/1076/2007</u>
IV | 5. | Münster für alle. Jugendarbeitslosigkeit zielgerichtet bekämpfen - Jugendliche unterstützen
Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0026/2007 vom 05.06.2007 |
| <u>V/0087/2008</u>
V | 6. | Modellprojekt "Wohnen für Hilfe" - Wohnpartnerschaften zwischen älteren und jungen Menschen - Abschlussbericht |
| <u>V/1045/2007</u>
V | 7. | Einführung eines Qualitätsmanagementsystems im Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt |
| <u>V/0877/2007</u>
V | 8. | Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide: Programmverlängerung bis 2010 |
| <u>V/0956/2007</u>
V | 9. | Bericht über Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch |

10. Jahresprogramm 2008 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
11. Beratung des Haushaltsplans 2008
12. Verschiedenes

Herr Messing eröffnete um 17:18 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel verpflichtete Herr Messing Frau Maria Winkel als sachkundige Bürgerin mit Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Herr Messing verwies auf den Nachtrag zur Tagesordnung vom 20.02.2008.

Herr Eisenack regte an, die unter TOP 11 vorgesehene Beratung des Haushaltsplans 2008 vorzuziehen. Frau Klein-Schmeink schlug vor, die Vorlage V/0087/2008 (Modellprojekt „Wohnen für Hilfe“ ...) vor den Haushaltsplanberatungen zu erörtern.

Frau Heyne regte mit Hinweis auf Beratungsbedarf ihrer Fraktion an, die unter TOP 9 vorgesehene Vorlage V/0956/2007 (Bericht über Leistungen der Hilfe zur Pflege ...) zu vertagen.

Gegen die Vorschläge wurden Einwände nicht erhoben. Damit setzte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt fest:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen
 - 3.1. Eingänge
 - 3.2. Mitteilungen
 - 3.3. Bericht der Verwaltung zum Umgang mit Umzugsbeihilfen sowie der Übernahme von Renovierungskosten bei Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz

<u>V/0087/2008</u> V	4.	Modellprojekt "Wohnen für Hilfe" - Wohnpartnerschaften zwischen älteren und jungen Menschen - Abschlussbericht
	5.	Beratung des Haushaltsplans 2008
<u>V/0031/2008</u> IV	6.	Förderung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe - AIM jugend+
<u>V/1076/2007</u> IV	7.	Münster für alle. Jugendarbeitslosigkeit zielgerichtet bekämpfen - Jugendliche unterstützen Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0026/2007 vom 05.06.2007
<u>V/1045/2007</u> V	8.	Einführung eines Qualitätsmanagementsystems im Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt
<u>V/0877/2007</u> V	9.	Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide: Programmverlängerung bis 2010
	10.	Jahresprogramm 2008 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
	11.	Verschiedenes

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung

Eingänge

Herr Stadtrat Paal

- 3.1.1** stellte mit Hinweis auf den Beschluss des Hauptausschusses vom 24.10.2008 zur Vorlage V/0798/2007 (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0031/2007 vom 21.08.2007 – Armen Haushalten Energiesparen ermöglichen) eine Vorlage mit Empfehlungen zur Umsetzung des Anliegens in Aussicht, die der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung voraussichtlich vor den Sommerferien 2008 erhalten werde,
- 3.1.2** verwies auf den vor Beginn der Sitzung verteilten Antrag des Begegnungszentrums Sprickmannstraße vom 05.02.2008 (Anregung Nr. 25/2008) zum Etat 2008.

Punkt 3.2 der Tagesordnung

Mitteilungen

Herr Stadtrat Paal erwähnte

- 3.2.1** den mit der Einladung versandten Bericht der AMS zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007 – 2 BvR 2433/04 (Verfassungsmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaften gem. § 44b SGB II) sowie zu den Konsequenzen für die Steuerung/Praxis der AMS,

- 3.2.2** den, angesichts der Ablösung des kameralen durch den NKF-Haushalt letzten, Bericht der Verwaltung über Mittelumsetzungen im 4. Quartal 2007, den die Mitglieder zur Sitzung erhalten hatten,
- 3.2.3** die, vor Beginn der Sitzung an die Mitglieder verteilten, Übersichten über die im Haushaltsjahr 2007 an Initiativen im Feld Migration/Integration sowie im Rahmen der Förderung von Begegnungsstätten/Stadtteilarbeit geleisteten Zuschüsse aus dem Budget des Sozialamts.

Herr Stadtrat Paal berichtete ferner, dass

- 3.2.4** die AMS voraussichtlich ab 01.07.2008 weitere Räume im Dienstgebäude Idenbrockplatz 26 nutzen könne, um auch dort Angebote beider Geschäftsbereiche vorhalten zu können, während die Bezirksverwaltung Münster-Nord ab Sommer 2008 im Bürgerhaus Kinderhaus erreichbar sei,
- 3.2.5** die Verwaltung eine Leistungsvereinbarung mit der GGUA für die Zeit vom 01.01.2008 bis 31.12.2010 abgeschlossen habe, in deren Rahmen die Stadt Münster die Personal- und Sachkosten des Trägers, vorbehaltlich im Haushalt bereitstehender Mittel, mit jährlich 80.000 € fördere,
- 3.2.6** die örtliche Fürsorgestelle jetzt „Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf“ heiße; die neue Bezeichnung, die die Kommunen in Westfalen-Lippe voraussichtlich einheitlich verwenden werden, sei darauf zurückzuführen, dass die (Landes-)Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch (ZuVO SGB) den bisherigen Begriff nicht mehr enthalte.
- 3.2.7** Herr Willamowski skizzierte den Umsetzungsstand der Konsolidierungsvorhaben im Bereich der Kosten der Unterkunft; die Hinweise sind der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1.**

Punkt 3.3 der Tagesordnung

Bericht der Verwaltung zum Umgang mit Umzugsbeihilfen sowie der Übernahme von Renovierungskosten bei Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz

Herr Willamowski fasste die Inhalte des Schreibens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/GAL vom 24.01.2008 zur Übernahme von Umzugs- und Renovierungskosten bei, im Zusammenhang mit einer Reduzierung von Kosten der Unterkunft erforderlichem, Wohnungswechsel sowie die der schriftlichen Antwort der Verwaltung vom 19.02.2008 zusammen; mit der Entscheidung des Bundessozialgerichts, auf die die Antwort hinweist, sei am 19.03.2008 zu rechnen. Frau Klein-Schmeink verwies auf die erhebliche Kostenbelastung betroffener Leistungsberechtigter, die eine weniger enge Auslegung des Unterkunftskostenbegriffs ebenso rechtfertigten wie eine höhere Leistung für Umzugskosten im Einzelfall; sie merkte ferner an, dass nach ihrer Kenntnis andere kommunale Träger in NRW bei erforderlichem Umzug Aufwendungen für Renovierung sowie höhere Umzugskosten berücksichtigten. Herr Stadtrat Paal stellte in Aussicht, die Rechtsanwendungspraxis in Münster sofort anzupassen, soweit die avisierte Entscheidung des Bundessozialgerichts dies erfordere, solange bzw. anderenfalls jedoch die den gegenwärtigen Entscheidungen zugrunde liegende Rechtsauffassung nicht zur Disposition zu stellen.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0087/2008

Modellprojekt "Wohnen für Hilfe" - Wohnpartnerschaften zwischen älteren und jungen Menschen - Abschlussbericht

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Frau Klein-Schmeink folgenden Antrag:

„Der Rat / Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Verhandlungen bezüglich einer Weiterführung und Weiterentwicklung des Projektes und einer Landesbeteiligung Gespräche aufzunehmen
2. Das Modellprojekt Wohnen für Hilfe wird fortgeführt und in Richtung einer Projektstelle für generationenübergreifendes Wohnen weiterentwickelt. Dazu wird die bisherige Aufgabenstellung erweitert.
3. Zur Weiterführung des Modellprojektes werden im Haushaltsplan 2008 die notwendigen Mittel einer kommunalen Eigenbeteiligung eingestellt.“

Frau Klein-Schmeink schlug vor, die Verwaltung solle die Fortsetzungsperspektiven des Projekts unter Einschluss konzeptioneller Erweiterungsmöglichkeiten sondieren, ohne formell über den Antrag abzustimmen. Die Mitglieder widersprachen dem Vorschlag nicht.

Für die SPD-Fraktion bat Frau Ganser um Beantwortung folgender Fragen:

- „1. Ist eine Erhöhung der Vermittlungstätigkeit denkbar? Falls ja: mit welchen Maßnahmen könnte eine Erhöhung erzielt werden?
2. Ist eine weitere Landesförderung denkbar? Falls ja: was ist hierfür erforderlich und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?
3. Welche kommunale Förderung ist erforderlich, um das generationenübergreifende Wohnprojekt fort zu setzen?“

Nach Abschluss der Aussprache stellte Herr Stadtrat Paal in Aussicht, die Fragen der SPD-Fraktion kurzfristig schriftlich zu beantworten und die konkreten Ergebnisse der Erörterungen mit dem MAGS über eine Förderung mit geänderter Konzeption in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplans 2008

Den Mitgliedern lagen, von den beiden Veränderungsblättern abgesehen, folgende weitere Unterlagen vor:

- Haushaltsplanentwurf 2008,
- Beratungspläne für die Sitzungen der Fachausschüsse (Stand: 22.01.2008),
- Kommentierte Zusammenstellung der Trägeranträge,
- weitere Anträge Dritter,
- Veränderungsliste (Veränderungsblätter der Verwaltung, Stand: 13.02.2008),
- Anträge der Fraktionen zum Etat 2008,
- (Verfahrens-)Hinweise zum TOP „Etatberatungen“,
- Hinweise zum Stichwort „Befangenheit“ sowie die
- Gesamtliste (Stand: 27.02.2008).

Die Mitglieder verständigten sich auf folgende Absprachen:

- Die Teilergebnispläne und Finanzpläne des Haushaltsplanentwurfs werden anhand der Gesamtliste jeweils nach Produktgruppen aufgerufen.
- Sofern Ausschussmitglieder nicht widersprechen bzw. keine Anträge stellen, gelten die Teilergebnispläne bzw. Finanzpläne der jeweiligen Produktgruppe wie im Haushaltsplanentwurf 2008 ausgewiesen, aber unter Einschluss der Veränderungsblätter der Verwaltung als beschlossen.
- Anträge Dritter gelten als abgelehnt, wenn sie der Ausschuss nicht aufgreift.

Dem Hinweis von Frau Klein-Schmeink, in dieser Sitzung keine, vom Haushaltsplanentwurf 2008 abweichenden, Entscheidungen über Ziele, Kennzahlen und Bewirtschaftungsregeln zu treffen, widersprachen die Mitglieder nicht. Ihren Vorschlag aufgreifend stellte Herr Messing in Aussicht, diese Gesichtspunkte sowie Beratungszuständigkeiten des Ausschusses zu einzelnen Produkten, zumal im Zusammenhang mit Zuschüssen an freie Träger, in einer der kommenden Sitzungen zu erörtern.

Zum Haushaltsplan 2008 fasste der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgende Beschlüsse:

5.1 Produktgruppe 0211 – Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten [S. 230-236]

Teilergebnisplan und Finanzplan dieser Produktgruppe wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

5.2 Produktgruppe 0501 – Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II [S. 358-361]

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Klein-Schmeink folgende Änderung:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 360, Zeile 15)

Nr. ¹	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Zusätzliche Mittel f.
3.	Alt	46.218.900	44.329.360	42.149.130	42.149.130	Kosten der Unterkunft
	Neu	46.618.900	44.329.360	42.149.130	42.149.130	
	Differenz	400.000	0	0	0	

Sie beantragte zugleich folgende, die Produktgruppe 0502 betreffende Änderung:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 368, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Zusätzliche Mittel f.
5.	Alt	26.372.150	26.432.150	26.522.150	26.532.150	Kosten der Unterkunft
	Neu	26.472.150	26.432.150	26.522.150	26.532.150	
	Differenz	100.000	0	0	0	

Der Ausschuss lehnte beide Anträge mit 4 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL), 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 5 Enthaltungen (SPD) ab.

Teilergebnisplan und Finanzplan der Produktgruppe 0501 wurden damit wie vorgeschlagen beschlossen.

5.3 Produktgruppe 0502 – Sicherung des Lebensunterhalts (ohne SGB II) [S. 362-372]

Teilergebnisplan und Finanzplan dieser Produktgruppe wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

5.4 Produktgruppe 050. – neu – Migration/Integration

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser:

Es wird eine neue Produktgruppe 050. – Migration/Integration mit folgenden Maßgaben eingerichtet:

¹ Lfd. Nr. der Gesamtliste (Stand: 27.02.2008)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	
17.		Zuordnung der das Aufgabenfeld Migration/Integration betreffenden Teilbeträge aus Produktgruppe 0503; zusätzlich weitere Finanzausstattung von 100.000 € in 2008 ff.				

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 5 Fürstimmen (SPD), 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 4 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) ab.

Herr Messing empfahl, für den Aufgabenbereich Migration/Integration zum Haushalt 2009 eine neue Produktgruppe zu schaffen.

5.5 Produktgruppe 0503 – Sicherung besonderer sozialer Bedarfe [S. 374-387]

Frau Klein-Schmeink skizzierte den Diskussionsstand im Hinblick auf das Auslaufen vs. die Fortsetzung der Landesförderung von Arbeitslosenberatungsstellen und –zentren zum bzw. ab Oktober 2008. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Klein-Schmeink, für die SPD-Fraktion Frau Ganser:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Ausfallfonds Arbeitslosenberatung und –zentren 2008; Sperrvermerk (Entsperrung durch HA-Beschluss)
18.3	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	
	Neu	25.073.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	
	Differenz	20.000	0	0	0	

Für die CDU-Fraktion bemerkte Herr Otte, dass er die Problemsicht teile, Lösungsansätze zur Sicherung der Angebote auf lokaler Ebene jedoch erst in Erwägung gezogen werden könnten, sobald das Land NRW seine Förderung definitiv einstelle; für die FDP-Fraktion verwies Herr Eisenack auf das Problem, eine ausfallende Landesförderung aus kommunalen Mitteln zu kompensieren.

Nach Beendigung der Aussprache lehnte der Ausschuss den Antrag mit 9 Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) ab.

Frau Klein-Schmeink erläuterte folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Münster-Pass
19.1	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	
	Neu	25.228.280	25.677.590	25.496.310	25.636.310	
	Differenz	175.000	300.000	300.000	300.000	

Mit Hinweis auf einen Ratsantrag, den die SPD-Fraktion in Kürze vorstellen werde, stellte Frau Ganser folgenden Antrag vor:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Ermäßigungsangebot für Menschen mit geringem Einkommen
19.2	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	
	Neu	25.128.280	25.527.590	25.346.310	25.486.310	
	Differenz	75.000	150.000	150.000	150.000	

Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL lehnte der Ausschuss mit 4 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL), 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 5 Enthaltungen (SPD) ab.

Der Ausschuss lehnte ferner den Antrag der SPD-Fraktion mit 5 Fürstimmen (SPD), 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 4 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) ab.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Klein-Schmeink:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	
20.	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	Energiesparfonds; Hilfen für Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG zur Beschaffung energiesparender Haushaltsgeräte
	Neu	25.078.280	25.402.590	25.221.310	25.361.310	
	Differenz	25.000	25.000	25.000	25.000	

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 9 Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) ab.

Frau Klein-Schmeink erläuterte folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	
21.	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	Förderfonds; Hilfen für Kinder und Jugendliche mit Ansprüchen nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG zur Teilnahme an Angeboten in den Bereichen Sport, Musikerziehung, kulturelle Bildung und bei bes. bildungsspez. Bedarf
	Neu	25.153.280	25.477.590	25.296.310	25.436.310	
	Differenz	100.000	100.000	100.000	100.000	

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 4 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL), 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 5 Enthaltungen (SPD) ab.

Für die SPD-Fraktion erläuterte Frau Ganser folgenden Antrag:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	
22.	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	Eigenanteil Lernmittel
	Neu	25.103.280	25.427.590	25.246.310	25.386.310	
	Differenz	50.000	50.000	50.000	50.000	

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 5 Fürstimmen (SPD), 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 4 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) ab.

Herr Messing verwies auf den gleichlautenden und mit dem Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 07.02.2008 identischen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Anhebung des Zuschusses an
24.1	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	KAI auf 44.500 € ab 2008
	Neu	25.079.280	25.403.590	25.222.310	25.362.310	
	Differenz	26.000	26.000	26.000	26.000	

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat einstimmig:

Die Ansätze im Teilergebnisplan der Produktgruppe 0503 werden wie folgt angehoben:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Beschluss	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Anhebung des Zuschusses an
	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	KAI auf 44.500 € ab 2008
	Neu	25.079.280	25.403.590	25.222.310	25.362.310	
	Differenz	26.000	26.000	26.000	26.000	

Vor Eintritt in die Beratung des folgenden Antrags erklärte sich Herr Steinförth für befangen und nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Messing verwies auf den gleichlautenden Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Anhebung des Zuschusses an
25.	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	den Seniorentreff Hansahof auf 12.000 € ab 2008
	Neu	25.061.280	25.385.590	25.204.310	25.344.310	
	Differenz	8.000	8.000	8.000	8.000	

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat einstimmig:

Die Ansätze im Teilergebnisplan der Produktgruppe 0503 werden wie folgt angehoben:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 383, Zeile 15)

Beschluss	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Anhebung des Zuschusses an
	alt	25.053.280	25.377.590	25.196.310	25.336.310	den Seniorentreff Hansahof auf 12.000 € ab 2008
	Neu	25.061.280	25.385.590	25.204.310	25.344.310	
	Differenz	8.000	8.000	8.000	8.000	

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Finanzplan dieser Produktgruppe wie vorgeschlagen beschlossen.

5.6 Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste [S. 462-474]

Frau Ganser, Frau Klein-Schmeink, Herr Otte und Herr Eisenack stellten in Aussicht, dass ihre Fraktionen im Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zusätzliche Kapazitäten im Stellenplan beantragen werden. Frau Dr. Kappenstein erläuterte den Personalbedarf.

Frau Ganser stellte folgenden Antrag der SPD-Fraktion vor, dem sich Frau Klein-Schmeink namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL anschloss:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 471, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Anhebung des
37.1	alt	4.075.130	4.046.910	4.053.240	4.053.240	Zuschusses an die
	Neu	4.114.130	4.085.910	4.092.240	4.092.240	Aids-Hilfe auf
	Differenz	39.000	39.000	39.000	39.000	166.820 € ab 2008

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 9 Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) ab.

Für die CDU-Fraktion erläuterte Herr Otte folgenden Antrag, dem sich Herr Eisenack namens der FDP-Fraktion anschloss:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 471, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Anhebung des
37.1	alt	4.075.130	4.046.910	4.053.240	4.053.240	Zuschusses an die
	Neu	4.095.130	4.066.910	4.073.240	4.073.240	Aids-Hilfe auf
	Differenz	20.000	20.000	20.000	20.000	147.820 € ab 2008; Erhöhung zweckgebunden f. Honorarkräfte

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat einstimmig:

Die Ansätze im Teilergebnisplan der Produktgruppe 0701 werden wie folgt angehoben:

Transferaufwendungen (Band 2, Seite 471, Zeile 15)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Anhebung des
Beschluss	alt	4.075.130	4.046.910	4.053.240	4.053.240	Zuschusses
	Neu	4.095.130	4.066.910	4.073.240	4.073.240	an die Aids-Hilfe auf
	Differenz	20.000	20.000	20.000	20.000	147.820 € ab 2008; Erhöhung zweckgebunden f. Honorarkräfte

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser folgende Änderung:

Sonstige ordentliche Aufwendungen (Band 2, Seite 471, Zeile 16)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Honorarmittel für Aufgaben des kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstes
41.	alt	532.550	494.720	336.070	336.070	
	Neu	557.550	519.720	361.070	361.070	
	Differenz	25.000	25.000	25.000	25.000	

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 9 Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) ab.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Frau Klein-Schmeink folgenden Antrag, dem sich Frau Ganser für die SPD-Fraktion anschloss:

Sonstige ordentliche Aufwendungen (Band 2, Seite 471, Zeile 16)

Nr.	Ansätze	2008 (€)	2009 (€)	2010 (€)	2011 (€)	Honorarmittel für Angebote der Familienhebamme
42.	alt	532.550	494.720	336.070	336.070	
	Neu	592.550	554.720	396.070	396.070	
	Differenz	60.000	60.000	60.000	60.000	

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 9 Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) ab.

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Finanzplan dieser Produktgruppe wie vorgeschlagen beschlossen.

5.7 Produktgruppe 0504 – Wohngeld [S. 388-391]

Teilergebnisplan und Finanzplan dieser Produktgruppe wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

5.8 Produktgruppe 1003 – Wohnen [S. 554-560]

Teilergebnisplan und Finanzplan dieser Produktgruppe wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0031/2008

Förderung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe - AIM jugend+

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig, bei 5 Enthaltungen (SPD), an und empfahl dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien:

I. Sachentscheidung:

1. Der Förderung der in der Begründung aufgeführten Projekte wird zugestimmt.
2. Der im Entwurf des Haushaltsplanes auf Seite 433 ausgewiesene Sperrvermerk über 100.000 € für das Projekt „Stadteilwerkstatt West“ wird für das Jahr 2008 aufgehoben.
3. Die Erfolgsbeobachtung der im Jahr 2007 geförderten Projekte wird zur Kenntnis genommen

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Haushaltsjahr 2008 Gesamtkosten in Höhe von 300.000 € für die aufgeführten Projekte entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0603	Förderung von benachteiligten jungen Menschen	2008	300.000	
Seite HHPl.	432				
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:				300.000	

Der o. g. Beschluss ergeht vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zum Entwurf des Haushaltsplans 2008.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/1076/2007**

Münster für alle. Jugendarbeitslosigkeit zielgerichtet bekämpfen - Jugendliche unterstützen
Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0026/2007 vom 05.06.2007

Herr Tonn begründete den Antrag der SPD-Fraktion, den Beschlussvorschlag der Vorlage wie folgt zu ändern:

„Punkt 1: wie Vorlage

Punkt 2: wie Vorlage

Punkte 3.1 – 3.4: neu

Die AIM-Projektförderung für Projekte in Schulen und zur Förderung des Übergangs Schule – Beruf wird von 300.000 auf 500.000 Euro erhöht.

Die zusätzlichen Gelder stehen für die Fortführung der Projekte, die über die Programme EQUAL und Lernende Regionen gefördert wurden, als Komplementärmittel zur Verfügung, um Drittmittel, z. B. aus dem Europäischen Sozialfonds, einwerben zu können (Vorlage Punkt 3.3).

Außerdem soll aus dem erhöhten AIM-Topf eine Neuauflage des Kooperationsprojektes „Übergang Schule – Beruf“ an einer Hauptschule und den Förderschulen für Lernbehinderte finanziert werden. Auch hierzu sind städtische Mittel erforderlich, um ernsthaft Drittmittel einwerben zu können (Vorlage Punkt 3.4).

Punkte 3.5 – 3.7: wie Vorlage

Punkt 4: wie Vorlage“

Nach kurzer Aussprache lehnte der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion mit 9 Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) ab.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig, bei 9 Enthaltungen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL), an und empfahl dem Hauptausschuss:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht über die Aktivitäten der Stadt Münster in den Bereichen „Jugendberufshilfe“ und „Übergang Schule – Beruf wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein Teil der Vorschläge des Antrages der SPD-Fraktion bereits umgesetzt wurde, oder in der Erarbeitung ist. Die Verwaltung wird beauftragt, über die weiteren Umsetzungsschritte in den zuständigen Fachausschüssen zu berichten.
3. Darüber hinaus wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 3.1 angesichts der angespannten Haushaltslage eine pauschale und nicht projektscharfe Aufstockung der AIM-Projektförderung für Projekte in Schulen und zur Förderung des Übergangs Schule – Beruf nicht möglich ist
 - 3.2 die Verwaltung bei der Einwerbung von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds bereits sehr aktiv ist und dies weiterhin forcieren wird, um sinnvolle Projekte, insbesondere am Übergang Schule – Beruf, die im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ansonsten nicht realisiert werden können, umzusetzen
 - 3.3 für die Fortführung der Projekte, die über die Programme EQUAL und Lernende Regionen gefördert wurden, Mittel in Höhe von 112.500 € erforderlich sind und die Verwaltung versuchen wird Drittmittel, z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds, einzuwerben
 - 3.4 eine Neuauflage des Kooperationsprojektes „Übergang Schule Beruf“ an einer Hauptschule und den Förderschulen für Lernbehinderte Kosten in Höhe von 250.000 € jährlich verursacht und die Verwaltung sich um die Einwerbung von Drittmitteln bemühen wird, um dies Projekt erneut durchführen zu können.
 - 3.5 das Projekt „Duales Orientierungspraktikum“ im Jahr 2007 ausgebaut wurde und von der Stabstelle Übergangsmanagement koordiniert und fortgeführt wird
 - 3.6 das Projekt „Kontinuierliche Praxistage“ im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ fortgeführt und zurzeit evaluiert wird
 - 3.7 das Konzept „Individuelle Förderplanung zur beruflichen Integration“ aus Mitteln der „Stiftung Partner für Schule“ und der Agentur für Arbeit fortgeführt wird und die Koordination bei der Stabstelle Übergangsmanagement liegt
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein Projekt zur besonderen Förderung schulmüder Jugendlicher seit Juli 2007 beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien umgesetzt wird. Die Verwaltung wird beauftragt zur Fortführung in den Folgejahren, Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (Bund oder Land) zu beantragen
5. Mit der Beschlussfassung zur dieser Vorlage ist der Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0026/2007 vom 05.06.2007 erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass auf Basis dieses Sachstandes keine zusätzlichen Kosten entstehen.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/1045/2007**
**Einführung eines Qualitätsmanagementsystems im
Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0877/2007**
**Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide: Pro-
grammverlängerung bis 2010**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Dem Finanzierungsplan für die Durchführung des Programms Soziale Stadt (Integriertes Handlungskonzept/Städtebaulicher Maßnahmeplan gem. § 171 e Baugesetzbuch) für das Gebiet Münster-Kinderhaus, Brüningheide, im Jahr 2010 sowie der in der Begründung dargestellten Mittelaufteilung wird zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Verlängerung der Programmdurchführung um ein weiteres Jahr nicht gedeckte Kosten von 113.220 € in 2010 verursachen wird.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4000.655.2000.2	Programmmittel „Soziale Stadt“	2010	348.000	

Insgesamt:		348.000	
------------	--	---------	--

Einnahmen				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4000.171.2000.4	Zuwendung Land: Programmmittel Soziale Stadt	2010	209.000	
4000.178.2000.0	Beteiligung Dritter an „Soziale Stadt“	2010	12.780	
4000.178.2100.3	Beteiligung d. Stiftungen an „Soziale Stadt“	2010	13.000	

Insgesamt:		234.780	
------------	--	---------	--

Punkt 10 der Tagesordnung
Jahresprogramm 2008 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

Für die SPD-Fraktion regte Frau Ganser an, das Jahresprogramm wie folgt zu ergänzen:

- Leistungsvereinbarungen; Bericht über den Umsetzungsstand;
- Bericht über die Integration der Versorgungsverwaltung.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL schlug Frau Klein-Schmeink folgende zusätzliche Punkte vor:

- Vorlage zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Münster gibt jedem Kind eine Chance – Fairen Zugang zu Bildung, Gesundheit und früher Förderung sichern“;
- Vorlage zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Armen Haushalten Energiesparen ermöglichen“;
- Doppik: Festlegung der Ziele, Zielkennzahlen und Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen im Bereich des Dezernats V.

Herr Wölter regte ferner folgende Ergänzung an:

- Bericht über das ambulant betreute Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Mit Hinweis auf Pressemeldungen bat Frau Ganser, die sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher baldmöglichst über die Situation der Versorgungsverwaltung zu informieren.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

gez.
Josef Messing
Vorsitzender

gez.
Frank Treutler
Schriftführung